No. 21. 8. Jahrg. 25. Mai 1895.

Die Graphische Presse.

Organ für die Interessen der Lithographen, Steindrucker, Lichtdrucker, Notenstecher, Notendrucker und verwandte Berufe.

Publikations-Organ d. Vereins d. Lithographen, Steindrucker u. Berufsgen., d. deutsch. Senefelder Bundes, des Verbandes d. Formstecher, Drucker u. verw. Berufsgen. und der deutschen Vereine d. Auslandes.

Abonnement.
Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Sonnabends. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Ztg.-Katalog No. 2573.)
Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion und Expedition.
Redaktion, Druck und Verlag: **Konrad Müller, Schkeuditz-Leipzig,** wohin alle Korrespondenzen, Annoncen, Bestellungen und Geldbeträge zu senden sind.

Insertion.
Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Abonnenten unter Beibringung der Abonnementsquittung, sowie Vereinsanzeigen 10 Pf. Beilagen nach Uebereinkunft.

Zuzug ist fernzuhalten

für **Umdrucker, Andrucker und Maschinenmeister,** sowie für **Lithographen** nach **Leipzig** in Firma **Wezel & Naumann.**

Der Vorstand.
J. A.: Otto Sillier.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands.

1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. Ref. Sillier und Mescha, Berlin.
2. Rechenschaftsbericht des Ausschusses. Ref. Werthner Nürnberg.
3. Arbeitslosen-Unterstützung. Ref. A. Schotes, Hannover, Koref. Leist, Nürnberg.
4. Reise-Unterstützung. Ref. M. Mescha, Berlin.
5. a. Bericht über die „Gr. Presse".
   b. Antrag des Vorstandes und Ausschusses hierzu. Ref. Werthner, Nürnberg.
6. Aufnahme der Tapetendrucker. Antrag des Vorstandes und Ausschusses. Ref. Sillier, Berlin.
7. Aufnahme der Arbeiterinnen. Ref. Schöpke, Berlin.
8. Anträge zur Statuten-Aenderung.
9. Festsetzung des Sitzes für den Vorstand und Wahl des 1. Vorsitzenden. Ref. Grellmann, Leipzig.
10. Festsetzung des Sitzes für den Ausschuß.
11. Allgemeine Anträge und Vereinssachen.

Die Verhandlungen beginnen am 2. Juni früh 9 Uhr im Restaurant **Martin Behaim, Nürnberg,** Theresienstr., Nähe des Theresienplatzes.

Der Vorstand. J. A. O. Sillier. **Der Ausschuß.** J. A. H. Werthner.

Zur Beachtung!

Sämtliche, der Lokalkommission betreffende Anfragen sind an Kollegen **Otto Reigbert, Nürnberg,** Ludwig-Feuerbachstr. 29 I zu richten.

Zum Empfang am Bahnhof werden stets Kollegen anwesend sein. Erkennungszeichen: kleines rotes Abzeichen am Rock.

Mit kollegialem Gruß
Gg. Stahr, Vors. **Oskar Ries,** Schrift.

Moderne Lithographien.

Zwei Ausstellungen sind es, die gegenwärtig das Interesse der Berliner Künstler und Kunstfreunde in besonders hohem Grade in Anspruch nehmen: Die große Berliner Kunstausstellung und die Kunstdruckausstellung des Kunstgewerbemuseums. In beiden Ausstellungen zeigen die Franzosen ihre Meisterschaft. Aber während sie in der großen Kunstausstellung wohl bedeutende Arbeiten, aber doch nichts wirklich Neues bringen, ist das in der Kunstdruckausstellung anders. Hier sehen wir ganz neue, eigenartige französische Techniken und Reproduktionsverfahren.

Ganz besonders Bedeutendes liefern die französischen Lithographen; zwar sind es nur wenige Blätter, die sie ausstellen, aber Arbeiten, die das Erstaunen und die Bewunderung jedes Kenners hervorrufen müssen. Es ist allerdings nicht das erste Mal, daß die französischen Lithographen sich mit ihren Werken an ausländischen Ausstellungen beteiligen. Im Jahre 1894 waren Proben ihrer Kunst auf der Wiener Ausstellung und hier erlangte die Pariser „Société des lithographes français" einen großen Erfolg.

Wohl in keinem Lande der Welt wird die Lithographie so gepflegt, als gerade in Frankreich. Während infolge der immer größeren Ausdehnung der photomechanischen Verfahren die alten Reproduktionstechniken quantitativ einen starken Rückgang erfuhren, machte sich, von Paris ausgehend, eine Neubelebung der schon totgeglaubten Lithographie bemerkbar. Paul Mauron aus Avignon war der erste, der im Jahre 1889 mit ganz neuen und eigenartigen Lithographien auftrat und bald feierte die moderne Lithographie ihre Triumphe. Die besten französischen Künstler bedienten sich ihrer, um flüchtige Gedanken, Ideen, die sich für ein Gemälde nicht eigneten, festzuhalten und zu vervielfältigen.

Hatten schon vorher Aubry-Lecomte und Vernier durch ihre berühmten Reproduktionen nach Gemälden Proudhon's und Courbet's Aufsehen gemacht, so steigerte sich das allgemeine Interesse für die wiederaufgenommene Lithographie noch mehr, als Tautin-Latour, Belanger, Sirouy, Chauvel und hauptsächlich Sunois, ihre Privatlithographien veröffentlichten. Das Jahr 1892 wurde zum Ehrenjahr der modernen französischen Lithographie, ihr Begründer Mauron erhielt für seine Arbeiten die Medaille d'honneur von der Akademie und gründete bald darauf die schon oben erwähnte Société des lithographes français. Auf Anregung dieser Gesellschaft französischer Lithographen findet nun in diesem Jahre eine internationale Ausstellung zur Feier der Erfindung der Lithographie vor hundert Jahren in Paris im Palais des Beaux Arts statt. Nach den Proben, welche wir auf der bisherigen Kunstdruckausstellung sehen, kann man allerdings gespannt darauf sein, was die französischen Lithographen in ihrer Heimat Bedeutendes ausstellen werden.

Alexander Lunois, der bis jetzt in seiner Kunst unerreichte französische Lithograph, hat, wie ich schon in Nr. 19 der „Graph. Presse" kurz erwähnte, auch auf der hiesigen Kunstdruckausstellung einige Arbeiten ausgestellt. Was bei Adolph Menzel nur als Versuche gelten können, die Lithographien mit Pinsel und Schabeisen, das zeigt uns Lunois in meisterhafter Technik. Auch die übrigen französischen Arbeiten zeichnen sich durch ihre geradezu raffinierte Technik aus, die den deutschen Arbeiten völlig abgeht. Auch Lithographien in Farben, verbunden mit Glyptographie sind französische Arbeiten. Die Glyptographie ist eine den Japanern entnommene Verbindung von niedrigem Relief mit Zeichnung und Farbe, jedoch nicht in der Weise, wie es unsere Luxuspapierfabriken mit ihren Farbendrucken machen, die in eine genau auf die Zeichnung passende Form gepreßt wird, sondern so, daß die Plastik hier als selbständiger künstlerischer Faktor auftritt, der an einzelnen Stellen ganz der Farbe entbehrt. Das Relief wird in irgend einer plastischen Masse hergestellt, erhärtet, abgeformt und in diese Form wird das Papier gepreßt, um nachher mit der Zeichnung versehen zu werden. Das Verfahren findet sich auch in umgekehrter Reihenfolge in Verbindung mit der Lithographie, so daß zuerst der Farbendruck und darnach das Relief hergestellt wird. Paul Carpentier, Paris, zeigt mehrere derartige Lithographien verbunden mit Glyptographie, die wohl gelungen sind.

Im schärfsten Gegensatze zu der modernen französischen Technik steht die von den deutschen Künstlern Hans Thoma, Greiner, Karl von Pidoll und Steinhausen bei ihren Lithographien angewandte. Thomas Verfahren, das gewissermaßen eine holzschnittartige Wirkung erzielen will, bedingt geradezu einen Rückschritt in der Technik des Steindrucks. In breiten festen Strichen liefert er Platten, die für den Steindrucker sehr leicht zu behandeln sind. Greiner erinnert in seinen Arbeiten sehr an Adolph Menzel. Auch ein Incunabel*) der Lithographie ist ausgestellt. Das Blatt ist nach einem Gemälde Stieler's von Piloty lithographiert.

Die Arbeiten von Sunois, Charpentier, Thoma, Menzel u. a. sind selbständige Kunstwerke und verdienen als solche einen Ehrenplatz in der Ausstellung. Diese Originallithographien haben alle Eigenschaften von Originalzeichnungen; was beide unterscheidet, daß ist nur, das die ersteren vervielfältigt werden können. In dieser Ausstellung, in der gerade den photomechanischen Reproduktionsverfahren ein weiter Raum gegeben ist, lassen sich so recht die Vorteile der Lithographie gegenüber den photomechanischen Verfahren beobachten.

Der malerische Effekt, die saftige Wirkung der Töne, jener feine, perlmutterartige Glanz der lithographischen Zeichnung, kann durch die photomechanischen Verfahren nicht ersetzt werden.

Aber selbst, wenn die modernen Lithographien noch mehr als bisher an Ausdehnung gewinnen sollten, so können wir doch nicht darauf rechnen, daß die Jünger Senefelders davon besondere Vorteile haben. Einzelne gewiß, aber die große Masse nicht. Dafür sorgen schon unsere großen Fabrikanten, die durch die Erfindung Senefelders zu Millionären wurden und denen die Kunst nur ein Mittel ist, um ihren Hunger nach Mehrwert zu befriedigen.

*) Incunabel, lat. eigentlich Wiege, also Wiegen- oder Erstlingsdruck.

Das beweisen uns zum großen Teil, die an den Wänden hängenden Plakate, deren wir zum Schlusse noch gedenken wollen. Es sind größtenteils ganz prachtvolle Arbeiten, und welche Preise werden den Lithographen dafür gezahlt? Ich sah manches deutsche Plakat, das hier ausgestellt war und dessen Schöpfer bei aller Anstrengung einen Wochenlohn von 20—24 Mark erzielt hat.

Die französischen Plakate verdienen besondere Beachtung; meist mit 2—5 Farben hergestellt, erzielen sie eine Wirkung, mit der die deutschen Arbeiten nicht entfernt konkurrieren können. Namentlich die Spritztechnik wird von den Franzosen großartig beherrscht. Auch die englischen und amerikanischen Plakate, sind der Schriften wegen, beachtenswert.

Berlin. F. H.

Die Anträge zur General-Versammlung des V. d. L., St. u. B. D.

Die große Zahl der gestellten Anträge — ca. 100, die sich allerdings zum Teil decken — kann ohne weiteres als Maßstab für das Interesse der Mitglieder am Verein bezeichnet werden. Freilich sind unter diesen Anträgen auch solche, die besser nicht gestellt wären, da sie zwecklos sind und die Verhandlungen aufhalten.

Unter denjenigen Anträgen nun, welche von einschneidender Bedeutung für den Verein sind, gehören in erster Linie alle die, welche Bezug auf die anderweitige Regelung der Reiseunterstützung nehmen. Es ist klar, daß man sich auf der letzten Generalversammlung, hinsichtlich der Leistungsfähigkeit für die Reiseunterstützung, bei einem Beitrage von wöchentlich 15 Pf. getäuscht hat. In der Zeit vom 1. Januar bis 30. September 1894 sind für Reiseunterstützung Mk. 6470,65 ausgegeben, davon allein vom Juli bis September Mk. 2959,70 oder ca. 40% der Gesamteinnahme des letztgenannten Zeitraumes. Leider sind wir nicht in der Lage, feststellen zu können, ob sich diese Ausgabe in steigender Progression weiter entwickelt hat und ob durch die Erhöhung der Beiträge das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe hergestellt ist. Aber selbst, wenn letzteres der Fall ist, so leuchtet es dennoch ein, daß die Gewährung der jetzigen Reiseunterstützung zu hoch ist und deshalb entsprechend reduziert werden muß. In dieser Hinsicht scheint uns der Antrag der Zahlstelle Fürth als der geeignetste, nämlich per Kilometer Luftlinie 2 Pf., bis zum Höchstbetrage von 40 Mk. zu zahlen. Nur würden wir empfehlen, diese 40 Mk. ohne dazwischenliegende Karrenzzeit zu gewähren. Auch für solche Mitglieder, welche nach beendeter Lehrzeit dem Verein beitreten, müssen nach unserem Dafürhalten engere Grenzen für den Bezug der Reiseunterstützung gezogen werden. Gerade diese jüngeren Leute sind es, die zum größten Teil lediglich des materiellen Vorteils willen dem Verein beitreten, demselben aber den Rücken kehren, sobald sie ihren Vorteil dabei nicht mehr finden. Allerdings giebt es auch hier rühmliche Ausnahmen.

Im Zusammenhang mit der Reiseunterstützung stehen die Anträge, welche auf die Höhe des wöchentlichen Beitrages Bezug nehmen, sowie der Antrag der Zahlstelle Cassel, vierteljährlich eine Extrasteuer von 20 Pf. zu erheben. Zweifellos fällt es einem erheblichen Bruchteil der Kollegen schwer, den jetzigen Beitrag von 20 Pf. zu erschwingen; wir befürworten aber dennoch, bei diesem Satze stehen zu bleiben, damit endlich einmal ein Reservefonds für die eigentlichen Aufgaben des Vereins: die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, geschaffen wird. Die Opferfreudigkeit der Kollegen bei den bisherigen Streiks verdient die vollste Anerkennung; angenehm ist es aber weder für den Vorstand und Ausschuß noch für die Streikenden immer und immer wieder den Bettelsack zu schwingen und damit die materielle Impotenz des Vereins zu dokumentieren. Dagegen können wir uns für die Erhebung eines Extrabeitrages nicht begeistern und zwar deshalb nicht, weil dessen Beitreibung mit Schwierigkeiten verbunden ist, welche ihren Grund in der Abneigung der Mitglieder für solche Beiträge haben.

Als Gegenleistung, für die Bezieher der Reiseunterstützung, stellt die Zahlstelle Hannover einen Antrag auf Entschädigung der Umzugskosten nach einem andern Ort für verheiratete Mitglieder. Dieser Antrag hat ohne Zweifel etwas für sich, nur müßte derselbe bestimmter gefaßt sein, etwa in der Weise, daß eine solche Entschädigung nur von einer näher zu bezeichnenden Entfernung an, und in einer bestimmten Höhe geleistet werden kann.

Der meistumstrittendste Punkt wird jedenfalls auf der Generalversammlung der Antrag auf Einführung der Arbeitslosenunterstützung sein, d. h. für den Fall, wenn der Antrag der Mitglieder in Fürth, die zentralisierte Arbeitslosenunterstützung nicht einzuführen, abgelehnt würde. Wird jedoch dieser Antrag angenommen, so werden unerquickliche Debatten erspart bleiben, die sonst unvermeidlich sind; dabei steht es den Befürwortern der Arbeitslosenunterstützung frei, ihren Antrag zu gegebener Zeit wieder zu stellen. Zur Sache selbst bemerken wir, daß nach dem Antrage der Berliner Kollegen, bei einem Beitrage von 30 Pf. pro Woche, eine Unterstützung von 1 Mk. pro Tag auf die Dauer von 30 Tagen schlechterdings nicht wird gewährt werden können, selbst wenn man den Satz von 12½ Pf. pro Woche und Mitglied als genügend ins Auge gefaßt hat. In einer am 18. Oktober in Berlin stattgefundenen Versammlung erklärte Kollege Sillier, daß mit einer durchschnittlichen Zahl von 5% Arbeitsloser fortlaufend gerechnet werden müßte. Bei einer Mitgliederzahl von rund 4000 wären diese 5% gleich 200 Mitgliedern. Soll nun dieses „fortlaufende Arbeitslos" so verstanden sein, daß die Zahl der zu Unterstützenden jahraus jahrein 200 beträgt, so hätten wir die nette Summe von 200 × 365 Mk. = 73000 Mk. für die Arbeitslosen jährlich aufzubringen, d. h. bei einem wöchentlichen Beitrage von 30 Pf. (pro Jahr 62400 Mk.) würden wir bereits im ersten Jahre 11000 Mk. Defizit gemacht haben, vorausgesetzt, daß die ganzen 30 Pf. für die Arbeitslosenunterstützung verwendet werden könnten. Aber selbst wenn nur fortlaufend 100 arbeitslose Mitglieder zu unterstützen wären, so würden immerhin 100 × 365 Mk. = 36500 Mk. erforderlich sein, also weit über die Hälfe der Einnahmen. Eine weit höhere Ausgabe würde die Annahme des Brandenburger Antrages verursachen, welcher bei einem Beitrag von 50 Pf. pro Woche eine Unterstützung von 12 Mk. für die Dauer von 13 Wochen und außerdem für jedes Kind einen Zuschlag von 1 Mk. (jedenfalls pro Woche) gewähren will. —

Weiter von Bedeutung sind die Anträge, bezüglich der Beseitigung — oder möglichste Beseitigung — der Generalversammlungen und dafür Einführung der Urabstimmung. Der Verband der Buchbinder hat soeben einen Versuch nach dieser Richtung in größerem Maßstabe gemacht und sämtliche Anträge, die eine Generalversammlung mehrere Tage beschäftigt haben würden, mittelst Urabstimmung zur Erledigung gebracht. Der Beweis, daß es geht, ist also erbracht.

Von den als „Allgemeine Anträge" zu bezeichnenten, erscheint uns derjenige der Fürther Kollegen: Eine Enquete über die Verhältnisse in der Privatlithographie zu veranstalten, als empfehlenswert. Wir nehmen an, daß die Fürther Kollegen hier nicht nur die in der Privatlithographie beschäftigten Gehilfen im Auge gehabt haben, sondern auch die Besitzer der Privatlithographien. Die Lage der letzteren ist heute vielfach eine solche, daß sie sich von derjenigen der Gehilfen, in Bezug auf die ökonomische Abhängigkeit, in nichts unterscheidet. Allerdings wird es schwer halten, den Leuten, diese, ihre Lage begreiflich zu machen, da sich leider der größte Teil derselben im Vollgefühl seiner Eigenschaft als „Unternehmer", himmelhoch über die auf die Verbesserung ihrer Lage gerichteten Bestrebungen der Arbeiter erhaben dünkt.

Was nun sonst noch an Anträgen zu registrieren wäre, ist von weniger Bedeutung und erübrigt deshalb eine Besprechung.

Einzelne derselben stehen sich diametral gegenüber und die Meinungen der Delegierten, in dieser oder jener Frage werden ohne Zweifel auseinander gehen. Allein das Bestreben, für den Verein nur das Beste zu wollen, wird jeden Einzelnen leiten. Und so haben wir die feste Ueberzeugung, daß kein Einziger, wie sich immer auch die Abstimmung gestalten mögen, mit Groll im Herzen nach Hause zurückkehren, sondern immer und überall sich den Beschlüssen der Majorität unterordnen wird. Hoch der Verein! Hoch die Solidarität!

Zur Generalversammlung des Vereins d. L., St. u. B. Deutschlands.

In voriger Nummer der „Gr. Presse" leistet sich der Redakteur einen Artikel, welcher in seinem Inhalt sich hauptsächlich gegen den Vorstand und Ausschuß richtet, ja sich persönlich insbesondere gegen die geschäftsführenden Personen richtet und aus diesem Grunde halte ich es, im Auftrage weiterer Vorstandsmitglieder, für geboten, doch einiges in dem Artikel enthaltenes zurück zu weisen. Der Redakteur hält diese Generalversammlung in seinem ganzen vorliegenden Material als überflüssig, „alles hätte können durch Urabstimmung erledigt werden". Wenn doch diese Weisheit schon vor Jahren bekannt geworden wäre, da hätten wir schon etliche Generalversammlungen sparen können, denn mit demselben Recht konnte alles, was wir auf Kongressen und Generalversammlungen besprochen haben, durch Urabstimmung erledigt werden. Aber wem es noch nicht bekannt ist, denen sei mitgeteilt, (natürlich nur meine persönliche Meinung, wie auch der Artikel von Müller nur seine persönliche Meinung ist, trotzdem in demselben immer von „wir" gesprochen wird.) wenn wir, d. h. der Vorstand und Ausschuß, das auf dieser Generalversammlung vorliegende Material durch Urabstimmung erledigen wollte, so brauchte er Jahre dazu, um auf das Material eine Urabstimmung zusammen zu haben. Wer die Schnelligkeit vieler unserer Zahlstellen kennt, wird das Vorstehende nicht bezweifeln. Dem Redakteur sollte es nach meiner Meinung gerade genügend bekannt sein, trotzdem bringt er aber in dem Artikel von Wandsbeck, ohne jede Randbemerkung, in gesperrten Lettern „Kollege Scholz bringt die Abrechnung vom Brandenburger Streik ꝛc.", die Leser werden gestatten, wenn ich dies gleich mit erwähne, Kollege Müller hatte ungefähr schon 3 Wochen die Abrechnung in Händen und da hätte man doch erwarten können, daß zu den gesperrten Worten noch eine Bemerkung des Redakteurs gekommen wäre, insbesondere da ich annehme, daß Kollege Müller eine Ahnung hat, wie schwer eine solche Abrechnung von den Zahlstellen zusammen zu bringen ist. Noch in diesem Jahre mußten wir in der Presse einzelne Zahlstellen auffordern, die Abrechnung vom Streik einzusenden. Ja einige Tage vor Ostern noch kam von einer größeren Zahlstelle erst noch der Rest der Sammlung und von einer anderen größeren Zahlstelle haben wir heut noch keine endgiltige Abrechnung, wir konnten von dieser Zahlstelle nur quittieren, was an Geld eingegangen ist. In den meisten Nummern der „Gr. Presse" kann jeder wer da will eine Aufforderung finden über das Einsenden von Abrechnungen, Statistik ꝛc., ja was haben wir bitten und auffordern müssen, bei der Beitragserhöhung uns die Abstimmung einzusenden. Das ist das Wesen der Urabstimmung. Das ist dem Redakteur ebenso wie dem Vorstand und Ausschuß bekannt und dennoch erhebt er den Vorwurf als habe Vorstand und Ausschuß leichtsinnig mit dem Vereinsgelde beim Einberufen der Generalversammlung gewirtschaftet. Ich behaupte, daß diese Generalversammlung eine der wichtigsten sein wird, die je stattgefunden hat ganz abgesehen von dem Punkt „Gr. Pr.", dem ich persönlich sehr gleichgiltig gegenüber stehe) und wenn all dieses durch Urabstimmung zu erledigen war, so waren es die vorher stattgefundenen Kongresse und Generalversammlungen noch viel mehr. Die Delegierten werde ich am Schluß der Generalversammlung um ihre Meinung hierüber befragen. Kollege Müller sagt nun, erst zwei Jahre sind seit der letzten Generalversammlung verflossen — wenn er so genau rechnet sage ich dagegen 2 Jahre und 2 Monate. Ferner heißt es, die Generalversammlung kostete annähernd 4000 Mk., demgegenüber verweise ich auf die Jahresabrechnung in Nr. 40 der „Gr. Pr." vom 6. Oktober 1894, danach kostete die Generalversammlung nicht 4000 Mk., sondern inkl. Protokoll 2855,30 Mk., die Quittungsbücher, welche Kollege Müller gleich mit einrechnet, gehören doch wohl nicht mit zu. Diese hat Kollege Müller selbst gedruckt und da wird er wohl wissen, daß selbige nicht neu gedruckt werden brauchen und dieses Material reicht mindestens noch 6 Jahre. Kollege Müller sagt, es sei erklärlich, daß sich eine ganze Reihe Zahlstellen gegen Abhaltung der Generalversammlung ausgesprochen haben und kommt zu der Schlußbemerkung, daß so 4000 Mk. mehr ausgegeben werden. Dem gegenüber sei festgestellt, daß zunächst 7 Zahlstellen sich gegen das Abhalten der Generalversammlung ausgesprochen haben, aber auch ein ebenso großer Teil dafür, jetzt kommen aber aber nicht nur 7 oder 14 Zahlstellen in Betracht, sondern ca. 88 und bei dieser geringen Zahl gegen die Generalversammlung faßte der Vorstand wie Ausschuß einstimmig den Beschluß, die Generalversammlung stattfinden zu lassen und wir haben ebenso wie Kollege Müller die leidige Geldfrage in Betracht gezogen. Freilich rechnen wir nicht, daß die Generalversammlung 4000 Mk. kostet, sondern nicht über 2000 Mk. und diese werden durch die Generalversammlung an anderer Stelle wieder reichlich gespart werden, zumal wenn wir, wie Kollege Müller 3 Generalversammlungen gleich 6 Jahre in Betracht ziehen wollten.

Kollege Müller sagt weiter, „war es dem Vorstand und Ausschuß darum zu thun, sich eine Zurechtweisung über sein statutenwidriges Vorgehen in Sachen der Beitragserhöhung zu holen", zu diesen allen abgedroschenen Kamellen, des statutenwidrigen Vorgehens, bitte ich dem Redakteur die Artikel in den Nummern 46 und 48 vom vorigen Jahre nachzulesen. In Nummer 46 vom 17. November 1894 erklärten sich von 29 Zahlstellen, 24 Zahlstellen mit 2381 Mitgliedern für die Beitragserhöhung und 5 Zahlstellen mit 118 Mitgliedern gegen die Beitragserhöhung; ja in Nummer 48 v. J. weitere 10 Zahlstellen für die Erhöhung so daß rund 2650 Mitglieder für die Erhöhung sprachen und netto 219 Mitglieder dagegn. Kollege Müller, der

sehr für die Urabstimmung schwärmt, ist hier in eine Zwickmühle geraten und hat meines erachtense nur alten Kohl aufgewärmt. Die Zustimmung haben wir nicht nachträglich eingeholt, sondern wir haben die Sache forciert, denn am 14. Oktober war das Zirkular zur Erhöhung in Händen der Zahlstellen und wenn diese mal schnell handeln wollten, konnten von allen Zahlstellen die Beschlüsse bis 1. November in unseren Händen sein und thatsächlich hatten wir am 18. Oktober schon von ca. 1000 Mitgliedern die zustimmende Antwort. Nun verzifte jeder wer da will den Vorstand und Ausschuß wegen sein „statutenwidriges" Vorgehen. Wenn wir hätten die Mitglieder erst erklären sollen, daß wir mit dem Beitrag nicht auskommen und hätten darüber eine Debatte veranstaltet, ob der Beitrag erhöht werden soll, oder ob die Reiseunterstützung ermäßigt werden soll und nach dieser Debatte konnten wir eine Urabstimmung vornehmen, vielleicht hätten wir dann wie bei der Brandenburger Abrechnung nach 1½ Jahren das Material zusammen gehabt. Zu meiner Freude erkläre ich offen und ehrlich trotz alledem, daß gerade durch unser Vorgehen in dieser Sache, die Gemüter etwas erregt wurden und siehe da, sie arbeiteten schneller. Daß die Frage der Arbeitslosenunterstützung nicht abgethan ist, beweisen ja die vielen Anträge der verschiedenen Zahlstellen; die frühere ablehnende Stellung richtete sich hauptsächlich gegen den 50 Pfennig Beitrag, und jedenfalls wird die „Zufalls-Majorität" doch klar deeken können.

Bezüglich der „Gr. Pr." sagte ich schon vorher, daß ich dieser Frage gleichgiltig gegenüber stehe, doch daß der Vorstand und Ausschuß dieser Frage keine Motivierung beilegte, lag daran, daß auch den anderen Anträgen der verschiedenen Zahlstellen keine Motivierung beigelegt ist, und gegen diesen Anträgen, kann der Antrag „die Verlegung der „Gr. Pr." nichts voraus haben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich gleich vielen Berliner Kollegen verraten, daß nicht ich nach der Redaktion der „Gr. Pr." trachte sondern alle Ursache habe das Gegenteil zu thun. Kollege Müller erwähnt nun, die von uns erwähnten Gewitterwolken am politischen Horizont; wir hatten dabei die umgestürzte Umsturzvorlage im Auge. Kollege Müller zieht jedoch das geplante neue preußische Vereinsgesetz an, ich lasse desalb den „Vorwärts" sprechen:

Das preußische Vereinsgesetz. Es wird jetzt von mehreren Seiten berichtet, daß von der Einbringung eines Vereinsgesetzes im Landtage endgildig Abstand genommen sei, woraus sich ergiebt, daß ein solches Gesetz immerhin geplant war. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Regierung auf das Vereinsgesetz dauernd verzichtet. Denn die Streitigkeit ist nicht die dem neuen Kurse eigentümliche Tugend. Sonst wäre es ja nicht der Zickzack-Kurs.

Darüber mehr zu sprechen, halte ich ohne Beeinflussung der Generalversammlung nicht als richtig. Zum Schluß schreibt Kollege Müller, in nächster Nummer werden wir die Anträge eine Besprechung unterziehen, der Vorstand und Ausschuß hat dies absichtlich nicht gethan, um nicht nach einer oder der anderen Seite hin zu beeinflussen.

Otto Sillier.

Anmerkung der Redaktion. Selbstverständlich ist es das gute Recht des Kollegen Sillier einen Vorwurf, der übrigens nicht gegen ihn persönlich gerichtet war, sondern gegen den Vorstand und Ausschuß, zurückzuweisen. Inwiefern nun der Vorwurf in Bezug auf die Beitragserhöhung gerechtfertigt war oder nicht mögen die Mitglieder beurteilen. In Nr. 42 der „Gr. Pr." veröffentlicht der Vorstand und Ausschuß eine Bekanntmachung in der es am Schluß heißt: „Da die Beitragserhöhung vom 1. November ab in Kraft tritt" rc. Die Mitglieder werden also hier von einem feststehenden Beschlusse in Kenntnis gesetzt, während der klare Wortlaut des Statuts vorschreibt, daß zu einer solchen Maßnahme zunächst die Zustimmung der Mitglieder durch Urabstimmung eingeholt werden muß. Daß diese Zustimmung erst nachträglich eingeholt wurde, das ist eben von uns als unqualifizierbar bezeichnet werden.

Was nun den Versammlungsbericht aus Wandsbeck anbelangt, so sei nur bemerkt, daß die Wandsbecker Kollegen den Abdruck gerade der monierten Stelle verlangten. Uebrigens lag gar Grund vor diese Stelle zu unterdrücken, denn ist einmal eine Mißstimmung gegen den Vorstand vorhanden, so wird dieselbe nicht dadurch beseitigt, indem man diesbezügliche Aeußerungen unterdrückt.

Kollege Sillier bemängelt ferner die Kostenzusammenstellung der letzten Generalversammlung und knüpft daran die Bemerkung es sei schade, daß die „Weisheit" über die Urabstimmung nicht schon vor Jahren bekannt geworden sei man hätte dann verschedene Generalversammlungen ersparen können. Darauf sei erwidert, daß die Kosten einer Generalversammlung nicht nur in den Kosten für die Reisen und Diäten der Delegierten bestehen; die Nürnberger Generalversammlung wird jedenfalls den Beweis dafür liefern. Die Bemerkung über die „Weisheit" ist aber doch etwas zu abgeschmackt um darüber weiter ein Wort zu verlieren.

Auf der gleichen Stufe steht das monierte „Wir" der Redaktion. Jedermann, und auch Kollege Sillier, weiß, daß die Zusammenstellung einer Zeitung auf Kollektivarbeit beruht, daß an der Zusammenstellung nicht eine, sondern mehrere Personen arbeiten und daher wäre es vermessen zu schreiben „ich" bin dieser oder jener Meinung. Wie sehr aber der angezogene Artikel den Beifall allerdings nicht den des Kollegen Sillier wohl aber der Mitglieder gefunden hat, geht aus nachstehender Zuschrift hervor:

„Die trefflichen Ausführungen im Leitartikel der letzten Nummer der „Gr. Pr.", die wir voll und ganz unterschreiben, veranlassen uns von unseren Vorhaben, ein Wort an die Delegierten zu richten, abzusehen, denn der betreffende Autor des Artikels, den wir zwar nicht kennen, ihn aber mit seinem roten Schnurrbart uns lebhaft vorstellen, hat uns sozusagen den Wind aus den Segeln genommen und die Ausführungen würden nur abgeschwächt, wollten wir noch weiteres bringen. Hoffentlich fallen im nächsten Artikel die Betrachtungen über die eingegangenen Anträge in gleicher und treffender Weise aus. Der allergrößte Teil dieser Anträge besteht ja aus nutzlosen Experimenten, die uns weder in der Erreichung der Ziele des Vereins nach derjenigen der Arbeiterbewegung überhaupt näher bringen, noch prinzipiell irgend welche Bedeutung haben."

Der Redaktion lag es, wie bereits gesagt, fern dem Kollegen Sillier persönlich einen Vorwurf zu machen, wir schätzen dessen Thätigkeit für den Verein, aber wir erachten es für unsere Pflicht und unser Recht begangene Mißgriffe, gleichviel von welcher Seite dieselben ausgehen, zu kritisieren. Und damit befinden wir uns im Uebereinstimmung mit weiteren Kreisen der Mitglieder.

„Musteranstalten."

Die Formstecherei von **Emil Voigt** in Firma Friedr. Voigt in **Arnstadt**, verdient schon seit Jahren einmal gründlich beleuchtet zu werden. Wenn jemals ein Kollege auf schöne Briefe und wunderhübsche Versprechungen noch nicht reingefallen ist, so kann er es aber gründlich im Arnstädter Formstecher-Kunststempel. Es wäre angebracht, wenigstens einen von diesen Engagementsbriefen hier zu veröffentlichen, wir wollen aber den Raum des Blattes schonen und nur einige Auszüge bringen. Da heißt es z. B.: „Sie finden bei mir angenehmere und dauernbere Stellung, als anderswo". — Das Angenehme besteht nun darin, daß B. bald jeden Tag zum Stecher spricht (vielfach auch hinter dessen Rücken): „Ich mache in derselben Zeit dreimal so viel". Oder die Figuren werden gezählt und dann dem Gehilfen vorgeredet, daß der Lehrling mehr mache. Zählt der Stecher nun seine Figuren nach, da findet er, daß der Herr bloß die Hälfte Figuren herausgerechnet hat. Sollte Herr Voigt nun einmal selbst das leisten, was er vom Stecher verlangt, so würde es mit seiner Kunst schlecht bestellt sein. Es kann einem auch passieren, im Sommer mit 3 Mk. pro Woche Lohnabzug beglückt zu werden. Zur Illustration des Charakters des Herrn Voigt, seien hier zwei Beispiele angeführt. Vorigen Sommer engangierte derselbe einen Geschäftsführer (jedenfalls um seiner Firma, welche am Kopfe seiner Briefe wie folgt prangt: „Fabrik für Druckwalzen und Formen, nebst Atelier für Muster-Zeichnung der Textilindustrie" das zu geben, was ihr noch fehlte). Das Personal bestand damals aus 2 Formstechern, 5 Lehrlingen und einem Arbeitsburschen. Als nun der Geschäftsführer, der, nebenbei bemerkt, dem Herrn Voigt noch viel lehren konnte, die fertiggestochenen Formen, welche der Arbeitsbursche gemacht hatte, nicht als gute zurecht richten konnte, so war er der Ungnade Voigts verfallen und mußte die ärgsten Schimpfreden und Grobheiten anhören. Dies veranlaßte denselben auch seinen Weg wieder zu gehen, den er gekommen war, nämlich nach Niederschlesien zu seiner Familie. Für verheiratete Kollegen möge dieser Fall zur Warnung dienen. Gegenwärtig hat Voigt den dritten Geschäftsführer. Dieser Mann, welcher kein Verbandsmitglied ist und auch nichts vom Verband wissen will, scheint sich in das Kunst-Chaos dieser Anstalt hineinzufinden. Aber auch ihm wird sein Stündlein schlagen.

Das zweite Beispiel soll die Lehrlingszucht des Herrn Voigt markieren. — Ein Lehrling bekam eine Form zum picotieren mit der Anweisung, dieselbe binnen 4 Tagen fertig zu stellen. Der betreffende Lehrling bekam jedoch die Form nicht zur festgesetzten Zeit fertig, es hätten müssen den Tag 6—7000 Tupfen geschlagen werden. Der Junge, welcher große Fähigkeit besitzt, schlug aber nur 4000. Zum Lohn für seine „Faulheit" bekam der Junge seine paar Groschen Taschengeld nicht. Solche Leistungen von einem Lehrling im zweiten Jahre zu verlangen, ist jedenfalls einzig und grenzt an Ausbeuterei. — Letzte Ostern haben sich bei Voigt zu den 5 alten noch 6 neue Lehrlinge der Bettelkunst in die Arme geworfen. Auch zur Heranziehung der Jungen, werden die Verhältnisse von Voigt in rosigstem Lichte geschildert. Voigt wird uns jedenfalls nicht weiß machen wollen, daß er bloß so viel Lehrlinge annimmt, um wenigstens einen herauszufinden, der im stande wäre, Künstler nach Voigts Schablone zu werden; alle übrigen wären dann gänzlich unbrauchbare Menschen. Wir sehen vielmehr in diesen bedauernswerten Geschöpfen nichts weiter als Ausbeutungsobjekte. Ja eine Zeit lang beschäftigte Voigt sogar Mädchen auf Picotage (Blaudruck). Voigt brüstete sich, seine Jungen zu ordentlichen und vernünftigen Menschen heranzubilden; in demselben Athemzuge ist er aber auch fähig, sie mit Worten, wie: „Ich reiße Dir den Schädel runter!" oder „Ich schlage Dir den Hirnkasten 'nein!" zu liebkosen. Wo bleibt da die Logik, Herr Voigt? — Das ist Künstler-Pädagogik in Arnstadt. Vergangenen Winter sah sich Herr Voigt infolge unserer Verweigerung der Ueberseierabendarbeit veranlaßt, Arbeit nach außerhalb zu schicken. Wir selbst konnten das nicht verhindern, aber unsere auswärtigen Kollegen ermahnen wir, bei dieser Gelegenheit an ihre Pflicht. Sie wissen jetzt, wie es bei uns aussieht. Wenn dies den Kollegen auch etwas spät bekannt wurde, so ist immer noch Zeit genug, das Versäumte nachzuholen.

Es ist nun selbstverständlich, daß ein ehrlich denkender Verbandskollege bei solchen Verhältnissen nie und nimmer arbeiten kann, darum kehrten auch wir dem Kunststempel den Rücken. Wer von den Kollegen Lust hat, bei 11-stündiger Arbeitszeit und alle 14 Tage Lohn, durchschnittlich die Woche 5½ Thlr., zu arbeiten, dem steht es frei. Zum Schluß sei noch bekannt, daß Voigt über jeden Kollegen, der es wagte, ihm den Standpunkt klar zu machen, auch noch nach seinem Weggange, seiner Wut durch die gemeinsten Schimpfwörter Luft macht und ganz besonders die übrigen Kollegen warnt mit den Worten: „Geben Sie sich mit dem nicht ab, das ist ein Sozialdemokrat".

G. A. W. A.

Korrespondenzen.

Berlin. Erwiderung auf die öffentliche Mahnung der Zahlstelle Wandsbeck. Der Versammlungsbericht aus Wandsbeck in letzter Nummer der „Graph. Presse" enthält einen, teilweise mit gesperrter Schrift, gedruckten Passus bezüglich der Abrechnung vom Brandenburger Streik, in welchem das Verhalten des Vorstandes kritisiert und als eine Bummelei bezeichnet wird, welche unbedingt zum Mißtrauen führt. Gleichzeitig mit diesem Bericht, welcher ausdrücklich veröffentlicht werden sollte, ist nun auch die Abrechnung der Oeffentlichkeit übergeben worden und ist aus der Unterschrift zu ersehen, daß die Revision derselben am 7. April stattgefunden hat. Eine schriftliche Anfrage seitens der Verwaltung in Wandsbeck hätte jedenfalls das Resultat gezeitigt, daß der Vorstand Aufschluß gegeben hätte über den derzeitigen Stand der Abrechnung, wie es thatsächlich einigen anderen Zahlstellen gegenüber geschehen ist. Die so spät erfolgte Abrechnung liegt nun nicht an der „Bummelei des Vorstandes" (resp. Kassierers), sondern an dem recht verspäteten Einsenden einzelner hauptsächlich in Betracht kommender Ortsabrechnungen, wovon die letzten erst im November und Dezember v. J. einliefen. Ebenso sind noch einige Reste ausstehender Sammelgelder erst im Februar und April d. J. in meine Hände gelangt. Nichtsdestoweniger war ich bestrebt, die Abrechnung so schnell wie möglich zu geben, was auch aus den verschiedenen Aufforderungen in der „Gr. Pr." hervorging, doch leider ist es auch hier ebenso der Fall, wie bei den Quartalsabrechnungen, daß einzelne Zahlstellen diese unwirksam an sich vorübergehen lassen, und muß ich eine Bummelei meinerseits, sowohl als auch des Vorstandes entschieden zurückweisen. Ferner war es mir nicht möglich, neben meiner Berufsthätigkeit, sowohl als auch bei Ausübung des Postens als Vereinskassierer, die Abrechnung, welche bei dem reichhaltigem Material eine hübsche Anzahl Abende und Sonntage zur Arbeit erforderte, früher fertig zu stellen, als es geschehen ist.

Martin Mescha, Kassierer.

Dresden. Am 11. Mai fand hier eine öffentliche Versammlung der Lithographen, Steindrucker u. verw. Berufsgen. statt. Auf der Tagesordnung stand: Die bevorstehende Generalversammlung des V. d. L., St. u. B. D. zu Nürnberg. Referent: Otto Sillier, Berlin. Wahl eines Delegierten; Debatte. Der Referent war leider nicht erschienen und sprach die Versammlung die Hoffnung aus, Kollegen Sillier in der nächsten öffentlichen Versammlung in unserer Mitte zu sehen. Das Referat zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte infolge des Nichterscheinens Silliers Kollege Schmertosch übernommen. Derselbe legte in klarer, sachlicher Weise die verschiedenen Punkte, welche auf der Generalversammlung zur Sprache kommen werden, auseinander. Zur Reiseunterstützung erklärten sich alle Anwesenden für die Einführung einer Unterstützung von 2 Pf. per Kilometer (Luftlinie) und mehr Berücksichtigung für Bahnreisende. Bezüglich der Beitragserhöhung hatte Kollege Schmertosch bereits klar gelegt, daß die provisorische Beitragserhöhung von 20 Pf. wohl als dauernde bestehen bleiben wird, eventuell, wenn noch größere Forderungen an unsere Organisation herantreten, daß dann der Beitrag noch erhöht werden müßte. Auch hierin zeigten die Kollegen ein williges Verständnis, so daß auch dieser Punkt einstimmig angenommen wurde. Wegen der Einführung der Arbeitslosenunterstützung entspann sich eine längere Debatte. Unser Referent trat mit warmen Worten für die Arbeitslosenunterstützung ein, indem er darauf hindeutete, daß die spätere Kampfesweise mehr Garantie für unser stehendes Heer bietet. Wenn auch viele laue Mitglieder uns den Rücken kehren werden, so wird doch immerhin ein gesunder Kern bleiben, welcher mit vollem Eifer für unsere Sache arbeitet. Kollege Albrecht sprach sich ebenfalls für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus, indem er die verschiedenen Kämpfe klarlegte, welche unsere Organisation zu bestehen hatte. Die Abstimmung ergab eine Majorität für die Arbeitslosenunterstützung. Hinsichtlich der „Graph. Presse" sprachen sich alle Kollegen dahin aus, daß die „Graph. Presse" ihren Sitz in Leipzig behalten soll. Man sei dem Gründer dieses Blattes zu vielen Dank verpflichtet für seine aufopfernde Thätigkeit. Derselbe werde als eigentlicher Begründer unseres Verbandes zu jeder Zeit gelten. Alle Anwesenden legten den Delegierten warm ans Herz, dafür einzutreten, daß Leute, welche so lange für uns thätig waren, auch späterhin uns erhalten bleiben. Bei der angenommenen Delegierten-Wahl wurde Kollege Schmertosch gewählt. Zum Schluß der Versammlung sprach sich Kollege Albrecht dahin aus, daß es doch traurig für eine Zahlstelle wie Dresden mit 150 Mitgliedern sei, daß die Versammlungen immer eine solche schwache Beteiligung zeigen; er fordere deshalb alle Anwesenden auf, für unsere gute Sache zu agitieren und darauf hinzuarbeiten, zu zeigen, daß wir in Dresden mit an der Spitze unserer Organisation marschieren können.

Mannheim. Samstag, den 18. l. M. abends ½9 Uhr fand hier eine Versammlung der Mitglieder des Vereins d. L., St. u. B. D. mit folgender Tagesordnung statt: 1. Stellungnahme zur Generalversammlung; 2. Wahl eines Delegierten. Von d. gestellten Anträgen wurden hauptsächlich diejenigen, welche die Aufnahme der Formstecher und Tapetendrucker in unseren Verein verlangen, befürwortet. Dem Antrage, die „Gr. Pr." an den Sitz des Vostandes zu verlegen, wurde nicht zugestimmt. Der Antrag, die Generalversammlung wegfallen zu lassen und die Angelegenheiten derselben durch Urabstimmung zu bewirken, wurde warm befürwortet, da durch eine Urabstimmung der Wille der Mitglieder besser zum Ausdruck kommt und auch bedeutend an Geld erspart wird, welches besser zur Agitation verwendet werden könnte. Zur Agitation bringt Kollege Herrmann die sonderbare Agitationstour unseres Vorsitzenden zur Sprache und bedauert, daß derselbe bei zwei Touren, die derselbe in unsere Gegend gemacht hat, Mannheim stets

nicht berücksichtigt, trotzdem er uns schon 1½ Jahr vorher geschrieben hat, daß er hierher kommt. Wir hatten uns zu allem bereit erklärt und uns auch schon mit andern Vereinen vom graphischen Gewerbe wegen der Versammlung ins Einvernehmen gesetzt. Es wurde beschlossen, den Delegierten zu beauftragen auf der Generalversammlung dafür einzutreten, daß solches in Zukunft nicht mehr vorkommt. Als Delegierter wurde Kollege Georg Stoll in Lahr gewählt. B.

München. Als Ergänzung zu dem in voriger Nummer abgedruckten Versammlungsbericht diene folgendes: Zum dritten Punkt der Tagesordnung „Anträge zur Generalversammlung", entspann sich über den Antrag des Vorstandes und Ausschusses „Die Verlegung der „Graph. Presse" an den Sitz des Hauptvorstandes" eine längere erregte Debatte, in welcher sich sämtliche Redner dahin aussprachen, daß nicht der allermindeste Grund vorhanden sei, Schritte in der vom Vorstand und Ausschuß gewünschten Weise zu thun, es scheine vielmehr, als wenn bei diesem Antrage persönliche Interessen gepflogen würden. Dem Antrag, die Formstecher und Tapetendrucker ꝛc. in unseren Verein aufzunehmen, wurde zugestimmt. — Für eine Verschmelzung unseres Vereins mit dem Senefelder Bund, können sich die Münchener Kollegen, der gesetzlichen Hindernisse wegen, nicht erwärmen. Bezüglich der Frage, über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wurde keine Debatte geführt, weil dieselbe durch die Urabstimmung als gefallen zu betrachten sei. Der Antrag, die „Graph. Presse" ganz in den Besitz des Vereins übergehen zu lassen, wurde energisch bekämpft, weil, wenn dieselbe Vereinseigentum ist, der Verein mit deren Inhalt identisch gemacht werde, während heute die Verantwortung nur den Redakteur und Verleger treffe. Von den Anträgen, betreffs der Regelung der Reiseunterstützung, erachtete man derjenigen der Zahlstelle Nürnberg als den geeignetsten und wurde demselben in seinen Hauptpunkten zugestimmt. Die Aufhebung des Markensystems und Einführung der Stempelquittung wurde als unzweckmäßig bezeichnet, weil nach dem bisherigen Modus die genaueste Kontrolle vorhanden ist. Dem Antrage, die Generalversammlung womöglich ganz zu beseitigen und dafür die Urwahl und Urabstimmung einzuführen, wurde zugestimmt. Ferner stellt die Zahlstelle München den Antrag, eine ständige Rubrik über Ein- und Austritt, sowie über den Ausschluß der Mitglieder im Fachorgan mit vollständiger Namensangabe, sowie der Buchnummer einzuführen. Der Antrag, die Arbeiterinnen, welche in unserer Branche beschäftigt sind, in unsere Organisation aufzunehmen, fand allgemeine Zustimmung. M. W.

Rixdorf. Zur Generalversammlung in Nürnberg. Die Anträge der Zahlstelle Rixdorf sollen vor allem den Zweck haben, den Bureaukratismus in unserm Verein zurück zu drängen. In diesen unseren Bestrebungen stehen wir zu unserer größten Freude nicht allein da. Desgleichen hat die von uns zuerst ausgesprochene Ansicht, mit der Generalversammlung zu warten, bis sich die Kassenverhältnisse gebessert haben, leider zu spät, viele Anhänger gefunden. Der Vorstand und Ausschuß hätten wenigstens bis zur Bekanntgabe des Entwurfes des neuen preußischen Vereinsgesetzes ruhig warten können. Zum mindesten hätten sie jedoch bei den Zahlstellen und Mitgliedschaften betreffend der Generalversammlung anfragen können. Leider scheint es so, als ob der Vorstand von der Zahlstelle Berlin stark beeinflußt wird. Wir haben deshalb auch den Antrag der Leipziger Kollegen, „den Sitz des Vorstandes nach Stuttgart zu verlegen", mit großer Freude begrüßt. Nach den Vorkommnissen der letzten Vereinsjahre sind die Rixdorfer Kollegen der Ansicht geworden, dem Vorstand seine Rechte soviel wie möglich auf die gesamten Mitgliedschaften zu übertragen, kurzum, dem Verein eine breitere demokratische Grundlage zu geben. Hierdurch hoffen wir zu erreichen, daß sich die Mitglieder mehr um den Verein kümmern und zum Selbstdenken erzogen werden. Die Thätigkeit des größten Teils der Mitglieder besteht heute darin, Beiträge zu zahlen und hier und da etwas in der Fachzeitung zu lesen. Diese Mitglieder überlassen denken und handeln ihren Vorständen. Durch das Ueberlassen von denken und handeln wächst die Verantwortlichkeit des Vorstandes. Hat der Vorstand nun einen Fehler gemacht, so wächst die Unzufriedenheit der Mitglieder und die Versammlungen werden noch schlechter besucht als wie zuvor. Durch den schlechten Besuch der Versammlungen wird die freudige Schaffenslust des Vorstandes gelähmt. Unter diesen Umständen fällt es schwer, jemanden für einen Posten im Vorstand zu gewinnen. Es müssen darum Mittel und Wege gesucht werden um mehr Interesse bei den Mitgliedern zu erzeugen. Zu den Mitteln rechnen wir vor allem die Urabstimmung. Durch die Urabstimmung werden unter den Kollegen Diskussionen gepflogen, die sonst nicht stattfinden würden. Jedes Mitglied suche für seine Idee Stimmung zu machen. Die Mitglieder werden dadurch aufgerüttelt zum Nachdenken und ihre Pflicht gegen den Verein zu thun. Eine Urabstimmung kann auch bei internen Angelegenheiten der einzelnen Zahlstellen stattfinden. Der Verein selbst braucht nicht so oft die teueren Generalversammlungen abzuhalten und kann die hierdurch ersparte Summe verwenden zur Erniedrigung des Beitrages. Ein minimaler Beitrag ist notwendig um einerseits den Hilfsarbeitern die Möglichkeit der Mitgliedschaft zu erleichtern, andererseits, damit sich die Zahlstellen ihren örtlichen Verhältnissen nach freier entwickeln können. So z. B. durch Einführung einer den örtlichen Verhältnissen nach entsprechenden Arbeitslosenunterstützung, Bibliothek, und dgl. Die Schaffenslust der einzelnen Zahlstellen sowie das Zusammenhalten der Kollegen würde hierdurch besonders gefördert. Wir haben die Ueberzeugung, daß die Mitglieder wohl in der Lage sind, ohne nach einer vom Vorstand eingegebenen Schablone zweckentsprechendes für sich zu schaffen. Im Gegensatz zu dieser, unserer Ansicht, geht der Berliner Antrag betreffs der Einführung der Arbeitslosenunterstützung; Unterstützung „mit Hindernissen" — sollte man ihn nennen. Durch das Steigen und Fallen in der Höhe der Unterstützung wird eine Unzufriedenheit erzeugt, die dem Verein zu großen Schaden gereichen kann. Ueber die Höhe der Unterstützung entscheidet selbstredend (wie das das ja in Berlin üblich ist) der Vorstand. Soll hier der Vorstand das Karnickel sein auf dem man die sich einstellende Unzufriedenheit abwälzen will oder soll die Macht des Vorstandes wieder vermehrt werden? Ich glaube, daß die Delegierten mit beiden nicht einverstanden sein werden. Was die Mitglieder in der Urabstimmung mit großer Majorität abgelehnt haben, daß wollen die Berliner Mitglieder durch eine Hinterthür einführen. Also Vorsicht! Noch größere Vorsicht ist aber geboten bei dem Antrage des Hauptvorstandes betreffs der „Graph. Presse". Das hieße denn doch, dem Hauptvorstand eine Machtfülle übertragen, die nicht abzusehen ist. Ist dem Vorstand in der Fachzeitung nicht sein Recht geworden, so möge er sich bei der Preßkommission beschweren. Sind hier Streitigkeiten entstanden, so können sie auf der Generalversammlung geschlichtet werden. Wenn ich nun auch nicht der Ansicht bin, daß der Vorstand diese Macht mißbrauchen würde, so wechseln doch die Personen im Vorstand und — der Appetit kommt beim Essen. Es muß doch jeder Zahlstelle das Recht gegeben werden, nötigenfalls Opposition gegen den Vorstand machen zu können. Und dazu ist unsere Fachpresse ein vorzügliches Mittel. Mit großer Vorsicht ist ferner aufzunehmen, der Antrag, betreffend Vergütung der Umzugskosten. Wir nehmen an, daß es sich hierbei nur um gemaßregelte oder arbeitslose Kollegen handelt. Sollte das nicht der Fall sein, so können wir nicht begreifen, warum man den verheirateten Mitgliedern eine Extra-Wurst braten will. Haben sich die älteren Mitglieder bislang darüber beschwert, daß die jungen Mitglieder vom Verein zuviel Reiseunterstützung erhalten haben, so werden in Zukunft sich die letzteren über die ersteren zurückgesetzt fühlen. Derartige Anträge sollte man doch nicht einbringen, ohne einigermaßen statistisches Material in den Händen zu haben, damit man die Kosten übersehen kann. Alle Anträge zur Generalversammlung hätten längere Zeit vorher den Zahlstellen mitgeteilt werden müssen, damit die Delegirten Zeit zur Sammlung von Material für oder gegen die Anträge beschaffen konnten. Auch eine gründliche Aussprache in den Zahlstellen wäre sehr dienlich gewesen und mancher Delegierte würde mit größerer Sicherheit sein verantwortliches Amt ausfüllen. Ich habe die Hoffnung, daß die Generalversammlung in schwierigen und zweifelhaften Fragen die Verantwortung nicht übernehmen wird, sondern dies den gesamten Mitgliedern durch die Urabstimmung überläßt. Der Ausbau des Vereins auf demokratischer Grundlage und freie Entwickelung für die einzelnen Zahlstellen sollte die Richtschnur der Delegierten sein. Nur so kann der Verein blühen und erstarken.

Schrader.

Verschiedenes.

Aus Rustschuk in Bulgarien wird dem „Vorwärts" über einen Streik der graphischen Arbeiter geschrieben: Wer hätte jemals daran gedacht, daß weit hinten in der Türkei mit ihren widerstreitenden Völkerstämmen sich Christen, Juden und Türken die Hände zum Bruderbunde reichen würden, um gemeinsam den Kampf gegen ihre wirtschaftlichen Ausbeuter aufzunehmen! Wer vor zehn Jahren einen solchen Gedanken auch nur angedeutet hätte, er wäre einfach ausgelacht worden. Der hiesige allgemeine Buchdruckerstreik liefert den Beweis dafür, daß es auch im Orient anfängt, auf ökonomischem Gebiete lichter zu werden. Der Streik hat seine Ursache darin, daß in einer Buchdruckerei ein Arbeiter vom Chef ungerechtfertigterweise entlassen wurde. Darauf legten sämtliche Arbeiter der betreffenden Buchdruckerei die Arbeit nieder. Sämtliche Buchdruckereibesitzer Rustschuks beschlossen nun in einer Versammlung, mit Ausnahme der Lehrlinge ꝛc., ihr sämtliches Personal so lange nicht mehr arbeiten zu lassen, bis sich die Arbeiter der ersterwähnten Druckerei wieder unter den früheren Verhältnissen zur Arbeit einfinden würden. Demgegenüber vereinigten sich alle Setzer, Lithographen und Maschinisten Rustschuks zum allgemeinen Streik, verlangten achtstündige Arbeitszeit und für die Zeit ihrer durch die angedrohte Aussperrung erzwungenen Brotlosigkeit ihren Lohn, ferner verlangten sie 15tägige Kündigung und im Krankheitsfalle vollen Lohn für 15 Tage. Die Unternehmer haben bis jetzt noch nicht nachgegeben, trotzdem von den früher hier erschienenen 4 Zeitungen seit dem Beginn des Streiks keine einzige mehr herausgegeben werden konnte. Die Zahl der Streikenden beträgt 56; die meisten sind verheiratet und ein Teil hat 5, 6 und 7 Kinder zu ernähren. Der Nationalität nach sind die Streikenden Deutsche, Oesterreicher, Türken, Serben, Bulgaren und Juden. Alle sind bereit, den Kampf gegen die Unternehmer bis aufs äußerste zu führen. Deutsche Genossen und Kollegen, nehmt Euch Eurer streikenden Brüder in Rustschuk an, sammelt für sie und Ihr leistet der Partei einen großen Dienst. Helft aber recht bald, denn die Not fängt an drückend zu werden! Unterstützungsgelder sind zu senden an den Präsidenten des graphischen Fachvereins Martin Bojanoff in Rustschuk in Bulgarien.

Von Stuttgart aus werden, wie das „Correspondenzblatt der Gewerkschaften" schreibt, Zirkulare, unterzeichnet „Chefredakteur Großmann" und „Kommerzieller Leiter Müller", an die deutschen Kunstgewerbegehilfen versandt, in denen zur Gründung einer Organisation aufgefordert wird. Die Organisation soll zur „Wahrung u. Besserung der Interessen" der Kunstgewerbegehilfen dienen. Es wird in Aussicht gestellt, daß, sobald die Organisation 3000 Mitglieder hat, eine Zeitschrift „Der Kunstgewerbegehilfe" zum ersten Male erscheinen wird. Sind 5000 Mitglieder vorhanden, so soll die Zeitschrift allmonatlich erscheinen. Ferner soll bei weiterer Entwickelung der Organisation durch „Krankenunterstützung, Notstandsunterstützung, Begräbnisunterstützung, Witwenunterstützung, sowie durch später entstehende Pensionsberechtigung den Mitgliedern der Vereinigung und deren Angehörigen eine kräftige und treue Stütze geschaffen" werden. Es sollen dann in den einzelnen Berufsabteilungen, deren sechs gebildet werden sollen, Preiskonkurrenzen veranstaltet werden, bei denen Preise von Mk. 80, 120 und 150 auszusetzen sind. Der Begriff „Kunstgewerbegehilfe" ist so weit gesetzt, daß schließlich jeder gelernte Arbeiter der Organisation beitreten kann. Außer einem Beitrittsgeld von Mk. 2 soll jedes Mitglied pro Jahr Mk. 10 an Beitrag resp. Abonnement für das Blatt bezahlen. Wer im Laufe des Jahres eintritt, hat stets den vollen Jahresbeitrag zu bezahlen. Wer in den späteren Jahren eintritt, hat das Abonnementsgeld für die verflossenen Jahre nachzuzahlen. Den Zirkularen sind gleichzeitig Beitrittserklärungen mit Vordruck beigelegt. Wir halten uns im Interesse der Arbeiterbewegung für verpflichtet, auf dieses Unternehmen aufmerksam zu machen und die Arbeiter zu warnen, ihre Groschen zu einem Unternehmen zu steuern, von dem man nicht weiß, welchen Zwecken es schließlich dienen wird. Der vornehmlichste Zweck scheint die Herausgabe des Blattes zu sein. Es muß aber als eine starke Zumutung bezeichnet werden, wenn ganz unbekannte Leute herkommen und Beiträge erheben, um ein Blatt zu gründen über das man nichts weiter weiß, als was eben dieser unbekannte Redakteur in reklamehafter Weise sagt. Der Leiter der Organisation ist gleichfalls schon vorhanden, um zunächst die Beiträge resp. Eintrittsgelder entgegen zu nehmen. Was er dann weiter zu thun haben wird, ist noch nicht zu ersehen. Empfindet man das Bedürfnis, Fachblätter herauszugeben, dann mag man erst einmal zeigen, was man zu leisten im stande ist und dann werden die Arbeiter das Gebotene prüfen und entscheiden. Die in Aussicht gestellten Unterstützungen, von denen man nicht weiß, wer über dieselben zu bestimmen hat, woher die Mittel kommen sollen ꝛc., scheinen nur den Zweck zu haben, die Arbeiter von anderen, ihnen mehr dienenden Organisationen abzuhalten. Und das ganze Unternehmen, für das auf einem ganzen Druckbogen Reklame gemacht wird, macht den Eindruck, als wolle man den bestehenden Kampfesorganisationen der Arbeiter Konkurrenz machen. Das Vereinsorgan soll nicht den Stempel eines „Hetz- und Parteiblattes" tragen, den Prinzipalen soll keine Opposition gemacht werden ꝛc. So sehr man sich darüber freuen mag, wenn das Kunstverständnis, wenn die Kunstfertigkeit der Arbeiter gehoben wird, so giebt es doch vorläufig anderes zu thun. Erst gilt es, dem Arbeiter eine kürzere Arbeitszeit zu verschaffen, damit er für seine weitere Ausbildung Muße findet, sein Einkommen zu erhöhen, damit er für diese Ausbildung Mittel verwenden kann. Diese Zwecke aber verfolgen die Gewerkschaftsorganisationen. Das neue Unternehmen soll aber jedenfalls dazu dienen, die Arbeiter von diesen fernzuhalten, denn wozu wäre die eröffnete Aussicht auf Unterstützungseinrichtungen, wenn der Zweck der Organisation nur der ist, die kunstgewerbliche Ausbildung der Arbeiter zu heben. Wir wollen hoffen, daß kein Arbeiter, dem es daran liegt, die Arbeiterklasse auf eine höhere Stufe der Lebenshaltung und dadurch zu einer höheren sittlichen Auffassung und zu Kunstverständnis und Kunstsinn zu bringen, dieser neuen Organisation beitreten und seine Kräfte den Kampfesorganisationen entziehen wird.

Briefkasten der Redaktion.

H. K., Sorau. Wenden Sie sich an Kollegen R. Kleber, Umbach 4 in M.

Anzeigen.

Der Arbeitsnachweis
der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Berlins
befindet sich **Neue Friedrichstr. 86, I.**, Telephonamt 7, Nr. 848. Geöffnet von 8—1 Uhr vormittags und 3—6 Uhr nachmittags. Montags und Sonnabends bis 7 Uhr.

Verein Lithographia, Nürnberg.
Vereinslokal: **„Goldne Krone"**, Heugasse. Jeden **Donnerstag** Vereinsabend.

Arbeitsnachweis
des schweizerischen Lithographenbundes
A. Hindermann. Sdr., **Zürich** I, Glockengasse 1, III.

Steindruck-Handpressen
und
Papierschneide-Maschinen
liefert in kräftiger, sauberer Ausführung bei 1½jähriger Garantie
F. L. Kötteritzch, Gera (Reuß.)
Mäßige Preise, günstige Zahlungsbedingungen zugesichert.

Pa. Steindruckledervalzen
rauh oder glatt

für Handpr. Größe:	20,	28,	32,	35,	38 cm.
pro Stück	Mk. 7,50,	10,	10,50,	11,	12.
per Dutzend	„ 75,—,	100,	105,—,	110,	120.

für Maschine pro Centimeter Mk. 0,10 bis Mk. 0,20, sowie sämtliche gangbare **Ueberdruckpapiere** und **Farben u. s. w.** offeriert
Th. Sebald, Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

Verein der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen Deutschlands.

Abrechnung des 3. Quartals vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1894.

A. Uebersicht über Mitgliederbestand, Einnahmen und Ausgaben der Zahlstellen.

Namen der Zahlstellen	Mitglieder: Bestand am letzten Quartal	Mitglieder: Eingetreten	Mitglieder: Zugereist.	Einnahme: Kassenbest. laut der letzten Abrechnung. Mk.	Pf.	Wochenbeiträge. Mk.	Pf.	Eintrittsgelder Mk.	Pf.	Zu- resp. Vorschuß aus der Hauptkasse Mk.	Pf.	Sonstige Einnahme. Mk.	Pf.	Gesamt-Einnahme Mk.	Pf.	Ausgabe: An die Hauptkasse gesandt. Mk.	Pf.	Reiseunterstützung. Mk.	Pf.	Verwalt.-unkosten u. sonstige Ausgaben. Mk.	Pf.	Gesamt-Ausgabe. Mk.	Pf.	Als Vorschuß am Orte behalten Mk.	Pf.	Mitglieder: Ausgeschieden. Ausgeschlossen.	Abgereist.	Bestand am Quartalsschluß
Aachen	11	1	1	10	30	19	—	—	50	—	—	—	—	29	80	15	—	9	—	2	45	26	45	3	35	1	1	11
Altenburg	8	1	2	2	60	27	65	—	50	—	—	—	—	30	75	11	60	14	25	4	90	30	75	—	—	1	1	9
Aschersleben	14	1	3	2	60	29	15	—	50	—	—	—	5	32	30	20	—	7	50	2	50	30	—	2	30	1	5	12
Augsburg	46	5	3	41	70	122	90	3	—	30	—	—	20	197	80	80	—	51	25	26	55	157	80	40	—	5	8	41
Barmen	28	2	1	—	—	48	90	1	—	—	—	—	—	49	90	42	—	6	—	1	90	49	90	—	—	5	2	24
Bautzen	12	5	—	10	40	33	65	1	50	—	—	—	—	45	55	25	—	12	75	2	90	40	65	4	90	2	—	15
Berlin	883	41	20	—	—	1435	60	23	50	—	—	1	15	1460	25	1090	80	72	—	297	45	1460	25	—	—	154	9	781
Bielefeld	15	1	3	4	65	39	20	—	50	—	—	—	—	44	35	25	—	9	—	1	80	35	80	8	55	3	1	15
Brandenburg	22	3	6	23	15	45	60	1	50	—	—	—	—	70	25	30	—	20	—	1	5	51	5	19	20	6	2	23
Braunschweig	14	5	1	26	30	30	10	2	50	20	—	—	—	78	90	—	—	29	50	3	5	32	55	46	35	1	5	14
Bremen	43	1	4	25	—	90	25	—	50	—	—	—	—	115	75	62	—	16	50	5	25	85	75	30	—	4	2	42
Breslau	86	9	11	5	89	149	10	5	50	—	—	—	—	160	49	115	61	12	—	32	88	160	49	—	—	7	9	90
Bünde i. W.	10	—	2	—	—	24	80	—	—	—	—	—	—	24	80	13	40	9	75	1	65	24	80	—	—	—	3	9
Bunzlau	8	4	1	8	53	23	20	2	—	10	—	—	—	43	73	10	—	14	25	—	35	24	60	19	13	—	1	12
Cassel	50	—	5	33	80	82	70	—	—	—	—	—	—	116	50	50	—	31	75	12	61	94	36	22	14	5	3	47
Coblenz	6	1	1	9	97	13	40	—	50	20	—	—	—	43	87	—	—	36	—	—	30	36	30	7	57	—	1	7
Coburg	6	—	—	—	—	10	20	—	—	—	—	—	—	10	20	9	50	—	—	—	70	10	20	—	—	1	1	4
Cöln a. Rh.	30	—	5	10	94	49	55	—	—	—	—	—	—	60	49	25	—	20	50	2	76	48	26	12	23	1	8	26
Cottbus	4	—	—	10	10	3	50	—	—	15	—	—	—	28	60	—	—	15	75	—	10	15	85	12	75	—	—	4
Danzig	4	—	—	16	50	7	20	—	—	10	—	—	—	33	70	5	—	26	25	1	10	32	35	1	35	1	—	3
Darmstadt	20	—	—	1	80	44	30	—	—	—	—	—	—	46	10	18	45	22	50	5	15	46	10	—	—	2	1	17
Detmold	46	—	1	21	68	105	—	—	—	—	—	—	—	126	68	100	—	9	—	9	95	118	95	7	73	3	3	41
Dortmund	9	1	1	22	27	17	35	1	—	—	—	—	—	40	62	16	42	21	75	2	45	40	62	—	—	3	8	—
Duisburg	17	2	1	11	64	22	80	1	—	—	—	—	—	35	44	10	—	8	65	2	30	20	95	14	49	—	11	9
Elberfeld	36	1	1	—	75	47	65	—	—	—	—	—	—	48	40	27	48	10	50	4	92	42	90	5	50	3	2	33
Emmerich	9	—	2	6	—	21	25	—	—	—	—	—	—	27	25	14	—	3	75	2	25	20	—	7	25	—	1	10
Erfurt	24	—	3	29	82	42	80	—	—	—	—	—	—	72	62	30	—	12	—	3	50	45	50	27	12	3	5	19
Frankfurt a. M.	101	1	5	30	—	202	—	—	—	—	—	—	—	232	—	117	46	44	50	30	4	192	—	40	—	17	8	82
Frankfurt a. O.	14	2	—	15	45	34	90	1	—	—	—	—	—	51	35	25	—	15	75	4	20	44	95	6	40	—	2	15
Freiburg i. B.	7	—	—	20	11	—	—	—	—	—	—	—	—	20	11	—	—	—	—	—	—	—	—	20	11	—	—	7
Fürth i. Bayern	56	3	2	30	—	106	70	—	50	—	—	5	—	142	20	79	82	12	75	19	63	112	20	30	—	11	4	46
Gera	34	1	4	28	18	60	50	—	50	—	—	—	20	89	38	40	—	15	—	11	86	66	86	22	52	7	6	26
Glogau	19	2	1	3	90	40	45	1	—	—	—	—	—	45	35	36	25	8	25	—	85	45	35	—	—	3	2	17
Halle	14	1	3	8	55	18	60	—	50	4	55	—	—	32	20	—	—	30	—	2	20	32	20	—	—	6	—	12
Halberstadt	9	—	—	7	10	20	95	—	—	—	—	—	—	28	5	13	15	14	50	—	40	28	5	—	—	—	—	9
Hamburg	120	12	7	57	5	189	80	5	—	—	—	—	—	251	85	134	19	26	50	87	16	251	85	—	—	17	8	114
Hannover	159	12	8	1	50	313	70	8	—	—	—	8	—	331	20	200	—	49	75	47	75	297	50	33	70	3	3	173
Heilbronn	15	—	—	20	10	29	40	—	—	20	—	—	—	69	50	—	—	7	50	—	30	7	80	61	70	3	2	10
Hirschberg	9	—	—	4	30	17	85	—	—	—	—	—	—	22	15	9	55	9	50	3	10	22	15	—	—	1	—	8
Höxter i. W.	7	—	4	3	13	20	65	—	—	—	—	—	—	23	78	16	—	5	25	—	97	22	22	1	56	2	1	8
Jena	11	3	1	—	—	28	80	2	—	—	—	—	—	30	80	26	45	3	75	—	60	30	80	—	—	1	1	13
Iserlohn	19	1	—	19	21	43	—	—	—	—	—	—	—	62	21	35	—	6	—	9	50	50	50	11	71	1	1	18
Neu-Isenburg	13	—	—	—	39	30	—	—	—	—	—	—	—	30	39	25	—	—	—	4	—	29	—	1	39	3	—	10
Karlsruhe	19	5	8	9	11	52	45	2	50	10	—	—	—	74	6	30	—	28	50	6	44	64	94	9	12	4	7	21
Kaufbeuren	47	6	4	—	—	112	15	3	—	1	80	—	—	116	95	85	40	22	50	9	5	116	95	—	—	2	8	47
Kiel	10	—	4	20	90	26	5	—	—	—	—	—	—	46	95	32	90	8	25	—	75	41	90	5	5	—	1	13
Kosten	10	—	—	11	11	18	80	—	—	—	—	—	—	29	91	20	—	1	50	1	55	23	5	6	86	3	—	7
Lahr i. Baden	50	—	—	6	65	—	—	—	—	—	—	—	—	6	65	—	—	—	—	—	—	—	—	6	65	—	—	50
Lübeck	25	4	—	21	30	44	80	1	50	—	—	—	—	67	60	33	—	18	—	1	60	52	60	15	—	3	4	22
Lüdenscheid	8	2	2	4	—	22	40	1	—	—	—	—	—	27	40	25	80	—	75	—	85	27	40	—	—	—	1	11
Magdeburg	25	3	4	—	48	60	35	2	—	20	—	2	35	85	18	20	—	40	25	3	87	64	22	20	96	1	6	25
Mainz	14	2	—	12	5	23	85	1	—	—	—	—	—	36	90	10	—	13	—	3	5	26	5	10	85	—	—	16
Mannheim	16	—	3	11	5	16	20	—	—	20	—	—	—	47	25	—	—	26	25	5	20	31	45	15	80	4	1	14
München	118	6	15	100	—	240	55	3	—	—	—	—	—	344	5	152	1	49	50	42	54	244	5	100	—	3	7	129
Neurode	29	3	4	10	35	69	30	—	—	—	—	—	—	79	65	60	22	8	25	—	83	69	30	10	35	7	—	29
Nürnberg	277	15	8	50	—	485	75	4	50	—	—	—	—	540	25	313	61	71	25	105	39	490	25	50	—	23	9	268
Offenbach	34	2	—	28	72	70	75	2	—	—	—	—	—	101	47	60	—	11	25	5	50	76	75	24	72	2	3	31
Osnabrück	9	—	2	24	5	21	25	—	—	—	—	—	—	45	30	—	—	15	75	—	79	16	54	28	76	—	2	9
Pforzheim	10	—	1	—	—	12	90	—	—	—	—	—	—	12	90	9	15	2	25	1	50	12	90	—	—	6	—	5
Rixdorf b. Berlin	43	1	—	17	65	73	—	—	—	—	—	—	—	90	65	80	—	—	—	7	20	87	20	3	45	3	—	41
Neu-Ruppin	23	1	1	29	55	42	55	1	—	—	—	—	—	73	10	30	—	24	—	3	80	57	80	15	30	8	2	15
Saalfeld	36	6	5	20	25	69	65	4	—	—	—	—	—	93	90	70	—	17	25	—	40	87	65	6	25	6	5	36
Stettin	61	6	1	—	—	109	30	2	50	—	—	4	—	115	80	79	92	14	25	21	63	115	80	—	—	5	6	57
Straßburg	14	—	4	8	63	14	10	—	—	—	—	—	—	22	73	—	—	7	50	1	60	9	10	13	63	5	2	11
Stuttgart	78	5	4	14	50	141	30	2	—	—	—	—	—	157	80	60	38	34	50	62	92	157	80	—	—	6	6	75
Wandsbeck	57	3	2	10	—	109	70	1	—	—	—	—	—	120	70	105	80	6	75	8	15	120	70	—	—	7	5	50
Weimar	27	1	6	—	—	70	40	—	50	—	—	—	—	70	90	54	40	12	—	4	50	70	90	—	—	—	3	31
Wiesbaden	9	—	—	6	50	—	—	—	—	—	—	—	—	6	50	—	—	—	—	—	—	—	—	6	50	—	—	9
Würzburg	15	3	9	15	80	54	65	1	50	50	—	—	—	121	95	—	—	90	—	5	85	95	85	26	10	2	4	21
Summa:	3132	196	201	1018	1	5706	30	97	50	231	35	20	95	7074	11	3936	72	1274	65	966	39	6177	76	896	35	392	207	2929

Einzelmitglieder.

Aschaffenburg	6	1	1	—	75	18	30	1	50	—	—	4	—	24	55	11	45	4	50	2	35	18	30	6	25	—	—	8
Bingen	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
Bochum	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
Chemnitz	65	7	1	35	97	112	90	2	50	—	—	1	—	152	37	100	—	23	75	7	31	131	6	21	31	6	4	63
Crefeld	—	—	6	—	—	16	10	—	—	—	—	—	—	16	10	16	10	—	—	—	—	16	10	—	—	—	—	6
Dresden	139	5	3	—	—	165	—	2	50	—	—	—	—	162	50	75	—	31	50	14	65	121	15	41	35	16	3	128
Eisenach	7	—	4	16	40	18	20	—	—	—	—	—	—	34	60	10	—	17	25	—	85	28	10	6	50	—	5	6
Neu-Gersdorf	5	—	1	—	—	30	55	—	—	—	—	—	—	13	55	11	55	1	50	—	50	13	55	—	—	—	1	5
Greiz i. V.	20	4	9	—	—	38	30	1	50	—	—	—	20	40	—	22	55	15	75	1	70	40	—	—	—	9	6	18
Leipzig	544	19	2	—	—	614	75	8	50	—	—	—	—	623	25	523	5	25	50	74	70	623	25	—	—	16	13	536
Leutelshain	53	3	6	—	—	102	50	3	—	—	—	—	—	105	50	86	75	4	50	4	25	95	50	10	—	3	5	54
Lobbersich	2	—	—	—	—	4	80	—	—	—	—	—	—	4	80	4	80	—	—	—	—	4	80	—	—	—	—	2
Meißen	18	1	—	7	45	33	85	—	50	—	—	—	—	41	80	25	—	6	—	1	20	32	20	9	60	—	1	18
Posen	5	2	1	—	—	9	85	1	—	—	—	2	25	13	20	10	80	1	50	—	90	13	20	—	—	—	—	8
Potsdam	4	1	1	8	80	11	—	—	50	10	—	—	—	30	30	—	—	13	50	—	80	14	30	16	—	—	1	5
Reichenbach	10	—	—	7	85	8	20	—	—	—	—	—	—	16	5	—	—	12	75	—	90	13	65	2	40	1	—	9
Schlettau	14	2	—	—	—	28	25	—	50	—	—	—	—	28	75	28	25	—	—	—	50	28	75	—	—	—	—	16
Schwarzenberg	4	1	—	6	5	9	20	—	50	—	—	—	—	15	75	9	70	5	25	—	80	15	75	—	—	1	—	4
Schweidnitz	5	—	—	—	—	9	50	—	—	—	—	—	—	9	50	—	—	3	75	—	80	4	55	4	95	1	—	4
Speier	9	2	2	—	—	26	30	—	50	—	—	—	—	26	80	10	—	8	50	1	50	20	—	6	80	2	1	10
Zittau	—	—	5	—	—	6	80	—	—	—	—	—	—	6	80	6	80	—	—	—	—	6	80	—	—	—	2	3
Zwickau	11	—	—	10	67	21	35	—	—	—	—	—	—	32	2	12	54	8	25	1	23	22	2	10	—	1	—	10
Summa:	928	48	42	93	94	1263	80	23	—	10	—	7	45	1398	19	964	34	183	75	114	94	1263	3	135	16	56	42	920
Gesamt-Summa:	4060	244	243	1111	95	6970	10	120	50	241	35	28	40	8472	30	4901	6	1458	40	1081	33	7440	79	1031	51	449	249	3849

Direkt an die Hauptkasse zahlende 13

3862

Anmerkung: Freiburg, Lahr i. B., Wiesbaden, Bingen und Bochum haben keine Abrechnung eingesandt.

B. Hauptkasse.

Einnahme:

Bestand vom letzten Quartal in der Hauptkasse	Mk.	527,27
Kassenbestand vom letzten Quartal in den Zahlstellen	„	1111,95
Für Wochenbeiträge	„	6970,10
Direkt an die Hauptkasse gezahlte Beiträge	„	31,35
Für Eintrittsgelder, Neueintritt 152 Mitglieder à 50 Pf.	„	76,—
„ „ Wiedereintritt 45 Mitglieder à 1 Mk.	„	45,—
Für 5 extra ausgestellte Bücher, à 20 Pf.	„	1,—
Für 3 verlorene Marken (Berlin)	„	—,75
Retourgezahlter Vorschuß (Fürth)	„	5,—
Desgleichen in Hannover	„	8,—
Sonstige Einnahmen der Zahlstellen	„	13,65
Summa:	Mk.	8790,07

Ausgabe:

Für Reiseunterstützung 1910 Tage à 75 Pf.	Mk.	1432,40
„ „ 57 Tage à 50 Pf.	„	28,50
„ außerordentliche Unterstützung	„	68,05
„ Satz, Druck, Papier, Redaktion und Expedition der „Gr. Pr.“ pro 3. Quartal	„	1606,05
„ Agitation	„	4,50
„ Verwaltungsmaterial Stempel Bücher, Formulare ꝛc.	„	89,90
Sonstige Verwaltungsunkosten der Zahlstellen	„	693,95
„ „ des Vorstandes	„	2,40
Für Porto der Zahlstellen	„	220,29
„ „ des Vorstandes	„	92,27
„ Vorstandssitzungen und Revisionsunkosten	„	15,—
Arbeitsnachweiskosten der Zahlstellen	„	4,10
Unkosten für Rechtsschutz	„	4,80
Sonstige Ausgaben der Zahlstellen	„	230,04
Ausgaben des Ausschusses (2. und 3. Quartal)	„	40,90
Von Göttingen nicht eingesandter Beitrag	„	5,26
Beitrag zur Generalkommission	„	171,20
Gehalt des Vorsitzenden pro 3. Quartal	„	450,—
Entschädigung für den Kassierer pro 3. Quartal	„	60,—
	Mk.	5219,61
Als Vorschuß in den Zahlstellen verblieben	„	1031,51
Kassenbestand am Quartalschluß in der Hauptkasse	„	2538,95
Summa:	Mk.	8790,07

Berlin, den 13. Mai 1895.

Martin Mescha, Kassierer. Wißmannstr. 8 II.

Für den Vorstand;

Otto Sillier, 1. Vorsitzender. **Fr. Rose**, Schriftführer.

Für den Ausschuß:

Hans Werthner, Vorsitzender. **H. Stahr**, Schriftf.

Für die Richtigkeit die Revisoren:

Th. Schäfer. S. Poser. Gustav Stropp.

Lehrreiche Vergleiche.

Man wird sich noch erinnern können, daß vor längerer Zeit im Reichstage die Rede u. a. auch auf die Alters- und Invaliditätsgesetzgebung kam. Der sozialdemokratische Abgeordnete Molkenbuhr gab bei dieser Gelegenheit seine Ansicht dahin ab, daß diese „Krönung der Sozialreform“ nur einen recht zweifelhaften Wert für die Arbeiter habe, wogegen von gegnerischer Seite der „Segen“ und die „Bedeutung“ dieses Gesetzes auf's überschwenglichste geschildert wurden. Wir meinen nun, daß es garnicht nötig ist, den Arbeitern gegenüber viele Worte über Wert oder Unwert der Alters- und Invaliditätsgesetzgebung zu machen; wissen wir selber doch ganz genau, wie es damit steht und wer es nicht wissen sollte, braucht darum keine Reichstagsdebatten zu lesen: in unseren eigenen Reihen leben überall solche, an denen sich der Segen der genannten Gesetze derartig widerspiegelt, daß jeder, dem nur darum zu thun ist, sich darüber zu orientieren, die beste Gelegenheit in nächster Nähe hat.

Bei objektiver Beurteilung dessen, was den Arbeitern durch die Alters- und Invaliditätsgesetzgebung gutes gethan wird, darf man diese nicht als solche allein betrachten, sondern man muß sie mit dem vergleichen, was auf ähnlichen Gebiete andern Kategorien der Bevölkerung gegenüber gethan wird. Wenn man z. B. sich lediglich mit der Thatsache befaßt, daß laut Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes im vorigen Jahre 8097600 Mk. Unfallversicherungsgelder an Verletzte, sowie an Verwandte von Getöteten und Verletzten ausgezahlt wurden und daß in derselben Zeit an 295200 Personen 24,4 Millionen Mk. Alters- und 10 Millionen Mk. an Invalidenrenten verabfolgt worden sind, so rufen diese Zahlen ja im ersten Augenblick ein gewisses Staunen hervor, zumal wenn man der alten Behauptung der Tonangebenden Glauben schenkt, daß dies Geld vollständig oder jedoch zum größten Teil vom Staate, resp. vom Arbeitgebertum hergegeben worden ist. Behauptete doch einst vor nicht zu langer Zeit das „Leipz. Tagebl.“ steif und fest, daß die Unkosten der Unfallversicherungsgesetzgebung im Jahre 1894 sich auf 60 Millionen Mk. belaufen hätten, **die das Arbeitgebertum ganz allein aufbringen mußte.**

Wen ferner große Summen dupieren können, der mag erst recht in Verwunderung geraten, wenn er hört, daß seit Bestehen des Alters- und Invalidengesetzes bis Ende 1894 241864 Altersrenten und 101603 Invalidenrenten zugebilligt und sogar auch noch 5741000 Mk. an Darlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen vorgeschossen worden sind.

Um jedoch zu erkennen, welchen Wert die eben angeführten Ziffern hinsichtlich ihrer Höhe haben, müssen sie, wie schon angedeutet wurde, mit anderen verglichen werden und wollen wir hierzu einmal diejenigen Summen nehmen, die auf Grund des Pensionsgesetzes an Militär-Invaliden ausgezahlt werden. Die „Frankfurter Ztg.“ nahm kürzlich Ursache, sich über die teils zu gering bemessenen, teils zu hohen Pensionen, die jährlich für Militärinvalden verausgabt werden, auszulassen. Diesen Ausführungen entnehmen wir folgendes:

„Während im Jahre 1887/88 der Pensions-Etat sich auf rund 25½ Millionen Mark belief, ist er heute, wenn man die Ausgaben für die Zivilverwaltung abrechnet, auf rund 48 Millionen gestiegen, was kapitalisiert die enorme Summe 1200 Millionen ausmacht. Betrachtet man den Etat für 1895/96 näher, so findet man für dieses Jahr eine Steigerung der Ausgaben um rund 6 Millionen Mark. Diese Steigerung rührt zum Teil daher, daß infolge des Pensionsgesetzes vom 22 Mai 1893 die Bezüge der im Zivildienste angestellten Pensionäre erheblich vermehrt worden sind, und daß andererseits die Zahl der im Friedensdienst invalid gewordenen Mannschaften sich gegen das Vorjahr um 11000 Mann vermehrt hat und in diesem Jahre auf 60000 Mann gestiegen ist.“

Das genannte Blatt führt dann aus, daß an den Pensionen für ehemalige höhere Offiziere unbedingt gespart werden könne, denn es erhalten:

549	pensionierte Generäle	zusammen	4480000 Mk.
500	„ Oberste	„	3170000 „
1600	„ sonstige Stabsoffiziere		6500000 „

also durchschnittlich jeder General 8100, jeder Oberst 6000 und jeder Stabsoffizier 4000 Mk. Jahrespension. Dagegen erhalten pensionierte Hauptleute „nur“ 1500 bis 2500 und Lieutenants gar nur 760 Mk. Pension.

Man wird nun freilich erwidern, daß höhere Offiziere auch eine ganz andere Stellung im Leben einnehmen als Arbeiter und daß man deren Invalidenrente nicht mit derjenigen, der ausgedienten Arbeiter in Vergleich ziehen dürfe.

Darüber läßt sich streiten. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das, was auch der höchste Offizier sein Leben lang thut, schließlich nie den Wert hat, als die Thätigkeit des Arbeiters, der seine Pflicht erfüllt. Und selbst, wenn gesagt wird, daß der Soldat eventuell Leben und Gesundheit vor dem Feind lassen muß, so behaupten wir, daß dies auch, und viel sicherer, dem Arbeiter in seinem Berufe passieren kann. Wir sind überzeugt, daß die Opfer an Toten und Blessierten der Arbeit seit 1870 bis jetzt bedeutend zahlreicher sind als diejenigen jenes Krieges mit dem sogenannten Erbfeinde.

Die Höhe der obengenannten Pensionen tritt erst ins rechte Licht, wenn man dagegen hält, was der Arbeiter und zwar erst nach Vollendung des 70. Lebensjahres an Invalidenrente bekommt, während bei den Offizieren im höchsten Falle jemand bis zum 58. Jahre aktiv ist. In den 4 Klassen, nach welchen Invalidenrente gezahlt wird, giebt es jährlich

	1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse
Höchster Satz	157,—	251,—	321,50	415,50
Niedrigster Satz	114,70	124,—	131,15,	144,55

Der bestpensionierte Arbeiter erhält also jährlich 415,50 Mark, der am schlechtesten pensionierte Offizier dagegen 760 Mk. Invalidenrente. Sind diese Zahlen nicht außerordentlich lehrreich?

Das schönste bei dieser Sache ist jedoch, daß die höchste Invalidenrente eines Arbeiters nur dadurch zu erlangen ist, daß dieser für 45 Jahre, also 50 Jahre lang wöchentlich (mit Ausnahme der gesetzlich festgestellten Fälle) 15 Pfennig Beitrag leistet, also unter Umständen über 350 Mk. von seinem verdienten Lohn dafür abgegeben hat. Die allermeisten Arbeiter bringen es jedoch nicht zu der höchsten Rente, denn sie setzt nicht nur den höchsten, sondern auch den anhaltendsten Verdienst voraus; beides kommt aber zusammen nur recht selten vor.

Wir wissen nun recht gut, daß es neben den oben angeführten Offizieren unter den 60000 Militärpensionären im Reich eine übergroße Zahl giebt, deren Invalidenrente gleichfalls als äußerst unzureichend betrachtet werden muß, daß auch diese Leute besseren Dank, als den erlangten, verdient haben. Uns liegt aber hauptsächlich zur Pflicht, das, was die „Krone der Sozialreform“ den Arbeitern bietet, genau festzustellen; weshalb befassen wir uns nicht weiter mit jener Seite der Medaille. Erschwerend kommt jedoch in Betracht, daß im Gegensatz zu Militärpensionen die Arbeiter nicht nur in Form indirekter Besteuerung beim unzulänglichsten Verdienst noch zu den Unkosten der Militärpensionen beitragen müssen, sondern auch Woche für Woche ihr Teil zur einstmaligen Rente herzugeben haben. Dabei ist aber der Bezug der Altersrente dem Arbeiter lange nicht so sicher, als den Militärpersonen ihre Invalidenrente, denn ersterer muß ja erst 79 Jahre alt sein, ehe er sie erlangt und wie viele von uns beißen nicht viel früher ins Gras?

Aus diesen Vergleichen geht also aufs Ueberzeugendste hervor, welch krasser Unterschied hinsichtlich der Anerkennung invidueller Thätigkeit für das Interesse der Gesamtheit in der Gesetzgebung zum Ausdruck kommt. Ja, man wundert sich trotz solcher Ungerechtigkeiten immer noch, daß wir Arbeiter das „viele Gute“, was die Sozialreform mit sich gebracht, nicht anerkennen, sondern undankbar seien. Und doch sagt die Bibel schon: **„Weil die Ungerechtigkeit überhandnimmt, muß die Liebe in vielen erkalten!“**